

Unternehmer und Liberale. Rheinisches Wirtschaftsbürgertum im frühen 19. Jahrhundert

Wer über die politische Entwicklung Preußens nach dem Wiener Kongress spricht, nennt automatisch die „Rheinischen Liberalen“ als Träger eines freiheitlichen Gedankens, der zumindest bis zur gescheiterten Revolution 1848/49 seine Spuren hinterlassen hat. Nicht nur das kurze Intermezzo des Kabinetts Camphausen im Frühjahr 1848 war Gegenstand der Forschung, sondern für die Entwicklung im Vormärz insgesamt stehen rheinische Liberale als Symbolfiguren für ein aufgeklärtes Bürgertum, das um Mitsprache im absolutistischen Staat rang. Dabei wird häufig außer Acht gelassen, mit welchen internen und externen Auseinandersetzungen die Entwicklung der rheinischen Liberalen verbunden war, welche Hemmnisse und welche Herausforderungen ihnen entgegenstanden sowie welche Chancen und Rahmenbedingungen dem liberalen Wirtschaftsbürgertum in der Zeit der Frühindustrialisierung geboten waren. Vor allem aber wird in der Forschung stets eine einheitliche Gruppe suggeriert, deren interne Geschlossenheit aber noch näherer Untersuchung bedarf. Und welcher Liberalismus-Begriff im Vordergrund steht, muss ebenso hinterfragt werden, insbesondere in der Abgrenzung zu den Demokraten und den Konservativen – auch in diesen beiden Gruppen gab es im Vormärz Vertreter des Wirtschaftsbürgertums.

Hagiographie und Wissenschaft – Zur Forschungslage

Immer wieder kam das rheinische liberale Wirtschaftsbürgertum der ersten Jahrhunderthälfte in der Forschung vor. Größere Arbeiten erschienen 1991 von Rudolf Boch, der ein Standardwerk vorlegte, an dem sich alle weiteren messen lassen müssen.¹ 1994 publizierte Gregor Berghausen seine herausragende Arbeit über „Die großbürgerlichen Liberalen im Rheinischen Provinziallandtag 1826-1845“.² Er stellt die Entwicklung anhand der Äußerungen und Ämter von Persönlichkeiten dar, die als Wortführer im Landtag und vor

1 Rudolf Boch: Grenzenloses Wachstum? Das rheinische Wirtschaftsbürgertum und seine Industrialisierungsdebatte 1814-1857. Göttingen 1990.

2 Gregor Berghausen: Die großbürgerlichen Liberalen im Rheinischen Provinziallandtag 1826-1845. Köln 1994.

allem in den Handelskammern auftraten. Wenn auch der Begriff „Großbürger“ ein mehr als problematischer ist, so ist der Aussagewert dieser Veröffentlichung für die Frage nach der Rolle des rheinischen Unternehmertums als Träger des liberalen Gedankens in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts maßgeblich.

Zahlreiche Biographien der entscheidenden Protagonisten erschienen vor Berghausens Arbeit – mit einer Ausnahme. Ulrich Hettinger veröffentlichte 2010 seine Dissertation über Hermann von Beckerath.³ Dessen Biographie zeigt deutlich das Manko der bisher erschienenen älteren Biographien – es sind keine rein hagiographischen Darstellungen, aber weder die wissenschaftliche Diskussion noch die quellenkritische Methode kommen hier zum Tragen.⁴ Es zeugt jedoch von der Bedeutung der rheinischen Liberalen, dass über deren wichtigste Protagonisten bereits vor dem oder im Ersten Weltkrieg Biographien veröffentlicht wurden.⁵ Den Anfang machte Alexander Bergengrün 1901 mit der Biographie über David Hansemann, es folgten Anna Caspary 1902 über Ludolf Camphausen und 1906 Joseph Hansen über Gustav von Mevissen.⁶ 1915 legte Mathieu Schwann, der erste Archivar des Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsarchivs, eine dreibändige Arbeit über Ludolf Camphausen vor.⁷ Während die Veröffentlichung von Caspary eher narrativen Charakter besitzt, geht Schwann wissenschaftlich an die vielfältigen Tätigkeiten des führenden Liberalen heran. Die beiden Veröffentlichungen von Hansen und Schwann stellen heute – bei aller quellenkritischen Herausforderung – eine Art „Ersatzüberlieferung“ dar. Die bedeutenden Nachlässe von Camphausen und Mevissen werden im Historischen Archiv der Stadt Köln aufbewahrt und sind seit dessen Einsturz für längere Zeit nicht für die Forschung zugänglich. Von Hansemann existiert nur ein kleiner Teilnachlass im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin und von Beckerath ebenso ein Minimalbestand im Stadtarchiv Krefeld. Keinen Nachlass hat Peter Heinrich Merckens hinterlassen.

Die Hauptnamen sind schon gefallen, aber diese fünf Protagonisten waren nicht die einzigen rheinischen Liberalen. Leider liegen wenige Informationen über andere Verfechter der Freiheitsidee vor. Über die Abgeordneten des Vereinigten Landtags, der Preußischen Nationalversammlung und der ersten

3 Ulrich Hettinger: Hermann von Beckerath. Ein preußischer Patriot und rheinischer Liberaler. Krefeld 2010.

4 Ulrich S. Soënius: Rheinische Familienunternehmer als Objekt der historisch-biographischen Forschung. In: Archiv und Wirtschaft 50 (2017), S. 118-126.

5 Etwas früher erschienen Fritz Blencke: Alfred Krupp. Leipzig 1898, und Tony Kellen: Friedrich Grillo. Lebensbild eines Großindustriellen aus der Gründerzeit. Essen 1913.

6 Alexander Bergengrün: David Hansemann. Berlin 1901; Anna Caspary: Ludolf Camphausen's Leben. Stuttgart u. a. 1902; Joseph Hansen: Gustav von Mevissen. 2 Bde. Berlin 1906.

7 Mathieu Schwann: Ludolf Camphausen. 3 Bde Essen 1915.

Legislaturperioden des Preußischen Abgeordnetenhauses sind Quellen vorhanden, die auf eine liberale Gruppe hinweisen. Neben diesen Quellen wird das hervorragende Handbuch von Vera Torunsky über die Abgeordneten des rheinischen Provinziallandtags herangezogen.⁸

Eine „Adresse“ und ihre Urheber – Wer waren die rheinischen Liberalen?

Im Februar 1848 hatte König Friedrich Wilhelm IV. auf Druck den Vereinigten Landtag für April einberufen. Am 3. März 1848 trafen im „Königlichen Hof“ in Köln sechs liberale Abgeordnete des Vereinigten Landtags Oberpräsident Franz Eichmann, der bei Regierungspräsident Otto von Raumer weilte. Neben den bereits genannten von Beckerath, Hansemann und Mevissen waren zudem der Elberfelder Bankier August von der Heydt, Dr. Carl Stedtman, Advokat und Gutsbesitzer aus Besselich bei Vallendar, und August Uellenberg, Rittergutsbesitzer aus Benrath, anwesend.⁹ Die liberalen Abgeordneten forderten eine schnellere Einberufung des Landtags, damit dieser „eine neue, die Freiheit sichernde, auf wahrer Volksrepräsentation beruhende Verfassung“ vereinbare. Zudem sollen sie „durchgreifende Reformen im Staatsleben, freiheitliche Entwicklung der Verfassung und Sicherstellung des öffentlichen und privaten Rechts“ sowie ein deutsches Nationalparlament, so Berichte in der „Kölnischen“ und in der „Deutsche Zeitung“ vom 5. bzw. 7. März, gefordert haben.¹⁰ Anscheinend verlief das Gespräch nicht den Erwartungen gemäß, denn obwohl der Oberpräsident versprach, dem König Bericht zu erstatten, urteilte von der Heydt nach seiner Rückkehr in Elberfeld: „Jene Männer sind nichts mehr; wir müssen das Steuer selbst in die Hand nehmen“. Wahrscheinlich hatten sich die sechs Abgeordneten bereits in Köln zu einer größeren Versammlung verabredet. Sie luden am 11. März, samstagsmorgens elf Uhr, alle liberalen Abgeordneten des Vereinigten Landtags nach Bonn „im Stern“ (Marktplatz) ein.¹¹

Die Einladung zu dieser Versammlung wurde von Gustav Mevissen (später Gustav von Mevissen) ausgesprochen. Er behauptete, er handle im „Einverständnis mit mehreren Kollegen“. Die Einladung richtete sich an 48 „rheinische Landtagsdeputierte“, d.h. Mitglieder des Vereinigten Landtags.¹²

8 Vera Torunsky (Bearb.): Die Abgeordneten der Rheinischen Provinziallandtage und Landtagsversammlungen. Ein biographisches Handbuch. Bd. 1: Die Abgeordneten der Provinziallandtage und ihre Stellvertreter 1825-1888. Köln 1998.

9 Joseph Hansen (Hrsg.): Rheinische Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegung 1830-1850. Bd. 2, 1. Januar 1846 - April 1848. Bonn 1942, Nr. 276.

10 Ebd.

11 Ebd., Nr. 282.

12 Ebd. Nr. 282.

Von den 49 Personen (Eingeladene zuzüglich Mevissen) waren 13 vorher nicht Mitglied des Rheinischen Provinziallandtags.¹³ Zwanzig der 49 Männer waren dem Wirtschaftsbürgertum zuzurechnen. Vier von ihnen trugen den Titel „Kommerzienrat“, d.h. waren vom König für besondere Verdienste ausgezeichnet worden.¹⁴ 1848 waren darunter neun Fabrikanten, zumeist aus dem Textilbereich, fünf Händler, drei Bankiers und ein Vertreter des Versicherungswesens. Von zwei konnte nur der Titel „Kaufmann“ eruiert werden. Die anderen Angeschriebenen waren zum größten Teil bürgerliche Gutsbesitzer und einige wenige im kommunalen Dienst (Bürgermeister, Steuereinknehmer) tätig. Bei den bürgerlichen Gutsbesitzern handelte es sich im weiteren Sinne auch um „Wirtschaftsbürger“.

Netzwerke für Selfmademen

Die Adresse vom 11. März 1848 stand kurz vor dem Endpunkt einer Entwicklung, die durch die Übernahme des Ministerpräsidentenamtes durch einen der exponiertesten Wortführer des rheinischen Liberalismus ihren vorläufigen Höhepunkt fand: Am 29. März 1848 berief König Friedrich Wilhelm IV. den Kölner Bankier Ludolf Camphausen zum preußischen Ministerpräsidenten.

Begonnen hatte sie mit der Besetzung der Rheinlande durch die Franzosen und die spätere Inbesitznahme dieser Region. Die Besatzer brachten die Gewerbe- und Zunftfreiheit, einen einheitlichen Wirtschaftsraum, die Aufnahme von Minderheiten sowie die unternehmerische Selbstverwaltung in Form der Handelskammern. Diese Errungenschaften wollten die Kaufleute und Fabrikanten nach der Übernahme der Rheinlande durch die Preußen nicht so schnell aufgeben, zumal mit dem Code civil (1804) und dem Code de commerce (1808) zwei Normenwerke für ihr Handeln eingeführt wurden, die mehr Sicherheit und mehr Berücksichtigung ihrer Interessen erbrachten.

- 13 Biesing, De Galhau, Jörissen, Kyllmann, Lang, von Nyvenheim, Mevissen, van der Loë, Minderjahn, Rombey, von Rynsch, Scheidt, Stedman. Abgleich von Hansen: Rheinische Briefe (wie Anm. 9), Nr. 282, mit Torunsky: Abgeordnete (wie Anm. 8). Bei Scheidt handelt es sich um Ernst Scheidt, nicht um seinen verwandten Vetter Julius Scheidt, der zum Mitglied der Preußischen Nationalversammlung und in der ersten Legislaturperiode zum Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses gewählt wurde. Ulrich S. Soénius: Wirtschaftsbürgertum im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Die Familie Scheidt in Kettwig 1848-1925. Köln 2000, S. 60, 423.
- 14 Laut Hansen: Rheinische Briefe (wie Anm. 9), Nr. 282, Baum, Kayser und Schoeller, zusätzlich noch Kirberg, der auch Präsident der Handelskammer in Lennep war. Camphausen, der nicht eingeladen war, aber zeitweise teilnahm, war zu dem Zeitpunkt ebenfalls Präsident der Handelskammer Köln; Merkens hatte dieses Amt in den 1830er Jahren inne.

In der Folgezeit verteidigten die Wirtschaftsbürger erfolgreich „ihr Recht“, das sie sogar auf ganz Preußen ausgedehnt wissen wollten.

Dabei war die wirtschaftliche Lage zu Beginn des 19. Jahrhunderts nicht positiv.¹⁵ Aufgrund der napoleonischen Kontinentalsperre 1806 war vor allem der linksrheinische Handel zum Erliegen gekommen. In der nach-napoleonischen Zeit taten die restriktiven Zollgesetze der Niederlande und Frankreichs das Ihrige dazu. 1814 weigerte sich die Regierung in Berlin, einen im Westen erarbeiteten Handelsvertrag mit den Niederlanden zu ratifizieren, was wiederum negative Auswirkungen auf den rheinischen Handel hatte. Die Unternehmer sahen sich gezwungen, mit hohem Engagement für ihre Region zu kämpfen. Dabei bildete sich – vom preußischen Staat ungewollt – eine neue selbstbewusste Schicht heraus.

Vor allem der Name von Peter Heinrich Merckens ist unzweifelhaft mit dieser Entwicklung eng verbunden. Der protestantische Zuwanderer aus Mülheim am Rhein, 1777 geboren, der seit 1791 in Köln hintereinander eine Ausbildung in zwei Handelsgeschäften absolvierte und dann bei letzterem als Angestellter tätig war, gründete 1808 gemeinsam mit Ignatz Seydlitz ein eigenes Unternehmen. 1810 bereits wurde Merckens Mitglied der Handelskammer, die 1803 als Nachfolgeinstitution des Handelsvorstandes aufgrund eines napoleonischen Erlasses in Köln gegründet wurde. 1816 verfasste er für die Handelskammer eine Denkschrift, die sich gegen die Einführung von Zöllen auf dem Rhein wandte, aber für die Beibehaltung des Kölner Stapelrechts bis zur Aufhebung von niederländischen Zöllen eintrat. Merckens konnte beides durchsetzen. Damit war sein Ruf auch über den Kölner Stadtkreis hinaus gelangt. 1826 wurde er zum Mitglied des Rheinischen Provinziallandtags berufen, was er bis 1845 blieb. Auf seine unternehmerischen Gründungen wird später näher eingegangen. Waren in der Großstadt Köln, der Wirtschaftsmetropole des Rheinlandes, solche Werdegänge wie bei Merckens schon in der französischen Zeit möglich, so dauerte es in Aachen, Elberfeld und Krefeld bis in die 1820er Jahre.¹⁶

In unterschiedlicher Intensität, aber mit gleicher Stoßrichtung entstand in den rheinischen Städten ein „neues“ Unternehmertum, das sich mit den traditionsreichen Familien durch Heirat verband und aufgrund seiner Leistung auch Aufnahme in städtische Institutionen fand. Ein Beispiel ist Ludolf Camphausen, einer der bekanntesten rheinischen Liberalen. Camphausen wurde bereits als Dreißigjähriger 1833, kurze Zeit nach dem Zuzug, in den Kölner Stadtrat berufen und ein Jahr später Mitglied der Handelskammer. Sein „Ziehvater“ war Merckens, 1831 der erste frei gewählte Präsident der Handelskammer. Bis dahin waren die Bürgermeister gleichzeitig die Vorsit-

15 Berghausen: Liberale (wie Anm. 2), S. 20-22.

16 Berghausen: Liberale (wie Anm. 2), S. 28 f.

zenden. Merkens und Camphausen waren nicht immer einer Meinung, vor allem nicht in Fragen des Freihandels. Neben Camphausen war David Hansemann der wichtigste Protagonist der rheinischen Liberalen. David Hansemann, geboren 1790 in Finkenwerder als Sohn eines protestantischen Pfarrers, gründete nach Ausbildung und Tätigkeit als Handelsreisender 1817 in Aachen ein Kommissionsgeschäft für Wolle. 1828 wurde er erstmals in den Stadtrat berufen, ein Jahr vorher in die dortige Handelskammer.

Die Handelskammern hatten für die Entwicklung der rheinischen Liberalen eine außergewöhnliche Bedeutung. 1802 erließ Napoleon ein Dekret, das zur Beratung des Staates die Einführung von Handelskammern in allen Städten Frankreichs anordnete. Wenige Monate später wandelte sich 1803 der seit 1797 bestehende Kölner Handelsvorstand in die *Chambre de commerce* um. Ein Jahr später erfolgten Gründungen in Krefeld und Aachen. Während diese beiden Kammern nach 1815 nur noch rudimentär bestanden, arbeitete die Kölner Handelskammer kontinuierlich weiter. Einen neuen Schub erhielten die Handelskammern 1830 mit der Gründung der Handelskammer für Elberfeld und Barmen, der weitere in Düsseldorf und Duisburg folgten. Die bergischen Unternehmer setzten sich gegen den Staat durch, und so wurde dort der Präsident aus deren Mitte gewählt und nicht mehr das Amt durch den Oberbürgermeister, wie in den französischen Kammern, in Personalunion wahrgenommen. Dies hatte auch Auswirkungen auf die noch aus französischer Zeit bestehende Handelskammer Köln, die ihr Statut änderte und Peter Heinrich Merkens zum ersten frei gewählten Präsidenten bestimmte.

Die Tätigkeit in den Handelskammern schuf einerseits die Möglichkeit der Kontaktaufnahme, des Austausches über wirtschafts- und gesellschaftspolitische Themen und die Veröffentlichung von Ansichten dazu, die sonst kaum möglich gewesen wären. Hansemann und Camphausen nutzten dies vielfältig. Die meisten der Denkschriften und Eingaben vor 1848 waren zwar nur den Adressaten, zumeist der Regierung und dem inneren Kreis der jeweiligen Handelskammer bekannt, verfehlten aber ihre Wirkung nicht. Camphausen veröffentlichte in den 1830er Jahren drei Denkschriften zum Eisenbahnwesen, die maßgeblich für die Entwicklung in Deutschland wurden. Zudem nutzte er seit 1833 die Jahresberichte der Handelskammer, die aus seiner Feder stammten, um neben dem Freihandel die strikte Förderung der Wirtschaft durch den Staat einzufordern. Alle rheinischen liberalen Wirtschaftsbürger waren Mitglieder in Gemeinderäten und Handelskammern oder in letzteren eine Zeit lang Präsidenten. Neben den genannten waren dies z. B. Gerhard Baum in Düsseldorf, Hermann von Beckerath in Krefeld, Johann Heinrich Daniel Kamp in Elberfeld, Gustav Mevissen in Köln etc. Sie verfassten nicht alle, wie Camphausen und Hansemann, Denkschriften. Bei persönlichen Begegnungen während der Sitzungen und außerhalb von offiziellen Verhandlungen nutzten sie das Netzwerk der unternehmerischen und

kommunalen Selbstverwaltung, um sich über die wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Situation in Preußen auszutauschen.

Zudem handelte es sich zumeist um so genannte „Selfmademen“, die aus eigener Kraft oder mit Partnern Unternehmen aufgebaut hatten und nun für die weitere ökonomische Entwicklung des Landes mehr Freiheiten einforderten. Obwohl mehrere der rheinischen Unternehmer – worauf Boch zu Recht hinweist – aus geschlossenen Kreisen stammten, ihre Väter und Vorfahren ebenfalls Unternehmer waren,¹⁷ so waren sie dennoch nicht allein traditionsbewusst, sondern auch innovativ. In der Umbruchphase der Frühindustrialisierung setzten sie nicht einfach die Linie fort, sondern gründeten neue Unternehmen und initiierten zeitgemäße Geschäftsmodelle.

Neue Unternehmen und neue Branchen – Industrie 1.0

Das frühe 19. Jahrhundert brachte neue Unternehmungen auf den Plan, die vielfach von den rheinischen Selfmademen ins Leben gerufen wurden. Dabei standen die Netzwerke der Handelskammern vor Ort zur Verfügung. Merkens nutzte diese offensiv, indem er sogar in den Räumen der Kölner Handelskammer die Rheinschiffahrts-Assekuranz-Gesellschaft gründete. Kamp war beteiligt an der Gründung der Vaterländischen Feuerversicherung 1822 in Elberfeld, Hansemann an der in Aachen zwei Jahre später.

Ebenfalls initiiert von Merkens startete 1826 die Preußisch-Rheinische Dampfschleppschiffahrtsgesellschaft in Köln, zu der zehn Jahre später ein Pendant in Düsseldorf sich gesellte, die Dampfschiffahrtsgesellschaft für den Nieder- und Mittelrhein. Mit der Rheinschiffahrtsakte von 1831 war der freie Handel auf dem Rhein möglich geworden – dies stärkte auch die Schifffahrt. Im Frühjahr 1833 veröffentlichte Camphausen, Ölmühlenbesitzer, Bankier und Immobilienentwickler, eine erste Denkschrift zum Eisenbahnwesen „Zur Eisenbahn von Köln nach Antwerpen“, in der er den „Eisernen Rhein“ propagierte. Vorausgegangen war ein intensives Studium aller vorhandenen Eisenbahnliteratur, besonders aus England, den USA und Belgien. Von dort gewann er Investoren. Aufgrund eines Streites mit den Aachenern Unternehmern, besonders Hansemann, über die Streckenführung, verzögerte sich der Bau. 1839 wurde das erste Teilstück fertiggestellt. 1841 kam es zur Gründung der Köln-Mindener-Eisenbahn, um den Weg nach Berlin zu ebnen. Freie Fahrt mit der Eisenbahn – dies beinhaltete für den Staat natürlich die Gefahr des freien Reisens und des Austausches über die Grenzen hinweg. In der Tat trat Camphausen immer wieder für den freien Verkehr, vor allem nach Belgien, ein. Er wollte sogar die Zollvereinsgrenze bis an die

17 Boch: Wachstum (wie Anm. 1), S. 42 f.

Nordseeküste ausdehnen, weil er erkannte, was heute noch gilt: Die Seehäfen des Rheinlandes sind in Antwerpen und Rotterdam, nicht im deutschen Norden. Anfangs wollten Camphausen und Hansemann, aber auch von der Heydt, dass der Staat die Eisenbahnen finanzierte.¹⁸ Der Grund lag in der Furcht vor zu geringen Aktienzeichnungen, was sich als unbegründet herausstellen sollte. Als dann die Aktiengesellschaften großen Zulauf erhielten, warnten andere Unternehmer, auch Merkens, vor den Spekulationen, vor „Aktienschwindel“ und „Eisenbahnfieber“. Camphausen nahm diesen Run auf die Aktien in Kauf, wollte er doch die wirtschaftliche Tätigkeit am Rhein nicht behindern. Der Erfolg im Eisenbahnbau führte dann wieder zu einer Verbreitung der Einführung von Aktiengesellschaften bei anderen Branchen.¹⁹ Der preußische Staat war zwar auch nach dem eingetretenen Erfolg nicht bereit, den Aufwand mitzutragen, aber immerhin beschloss die Regierung eine staatliche Zinsgarantie in Höhe von 3,5 Prozent für die Eisenbahnlinien und einen nicht umfassenden, aber dennoch bedeutenden Verzicht auf Steuereinnahmen.²⁰

Dem Handel über die Grenzen hinweg dienten die Rheinisch-Westindische Kompagnie 1821 und kurze Zeit später der Deutsch-Amerikanische Bergwerksverein 1823 – beide in Elberfeld gegründet. Kamp war hier maßgeblich verantwortlich. Er war eine außergewöhnliche Unternehmerpersönlichkeit, die nicht nur mit Friedrich Harkort die erste „Mechanische Werkstätte“ in Wetter an der Ruhr und damit die Wiege des deutschen Maschinenbaus gründete, sondern 1839 trotz erfolgreicher Tätigkeit in Elberfeld Gründungsdirektor der Colonia Feuerversicherung in Köln wurde. Als ehemaliger erster Präsident der Elberfelder Handelskammer begab er sich damit auf die Ebene des Angestellten-Unternehmers. Diese Versicherung war eine maßgebliche Gründung des Bankhauses Sal. Oppenheim jr. & Cie. Gegründet in Bonn, konnte der jüdische Bankier Salomon Oppenheim in der französischen Besatzungszeit nach Köln umsiedeln, wo seit 1424 die Juden nicht mehr ansässig sein durften. Oppenheim investierte in die neuen Unternehmen, vor allem in das Transportwesen.

Vergleichbare Entwicklungen gab es zu der Zeit in keiner anderen preußischen Provinz. Die Industrialisierung und die damit zusammenhängenden Dienstleistungsunternehmen entstanden erstmals hier und zogen über das Ruhrgebiet, dessen „Schreibtisch“ bis 1870 in Köln stand, gen Osten. Verbunden mit dieser wirtschaftlichen Entwicklung, deren technische Grundlage die Einführung der Dampfmaschine war und die aus England sowie Belgien befruchtet wurde, war die Entstehung eines fortschrittlich denkenden Bür-

18 Ebd., S. 142.

19 Ebd., S. 145 u. 147.

20 Ebd., S. 179.

gertums, das sich, solange der Staat nicht vernünftige Rahmenbedingungen zusicherte, zu Wort meldete.

Was machte die Unternehmer zu „Liberalen“?

Bereits mit dem Verfassungsversprechen 1815 hatten die Rheinländer auf Partizipation gehofft. Die rheinischen Handelskammern übergaben dem König bei der Huldigungsfeier am 15. Mai 1815 eine Adresse, in der sie die Schaffung einer Repräsentanz forderten. Der preußische Staat wollte das aufgreifen, aber nicht mit freiheitsdrängenden Bürgern, sondern mit Anhängern einer ständischen Verfassung. Es gelang nicht, entsprechende Vertreter zu finden. Dennoch gab der Staat nicht auf und versuchte unter Ausschluss des Bürgertums, eine ständische Verfassung zu initiieren. Das städtische Bürgertum forderte daraufhin Mitsprache und bündelte diese in der so genannten Adressbewegung mit Forderungen nach Rechtsgleichheit, Handelsfreiheit und Repräsentation.²¹ Mehrfach wurde das Verfassungsversprechen gebrochen. Auch die Einführung der ständischen Verfassung mit der Schaffung des Provinziallandtags per Gesetz 1824 war mehr als enttäuschend. Die Bürgerlichen wurden gegängelt, die Protokolle nur durch den Staat veröffentlicht und eine Kontaktaufnahme mit anderen Provinziallandtagen sowie zu den Kommunalbehörden in der Provinz verboten. Der preußische Staat betrachtete die Mitglieder des Landtags vielmehr als Vertreter von Sonderinteressen und den König als Schiedsrichter, der bei unterschiedlichen Meinungen die „richtige“ festlegte.²² Zudem galt ein kompliziertes, in den jeweiligen Ständen völlig verschiedenes Wahlrecht, das die Verhältnisse nicht vereinfachte. Der Provinziallandtag trat nur alle zwei Jahre zusammen (bis 1830), danach mit unterschiedlichen Abständen von bis zu vier Jahren und dann – beim 8. Provinziallandtag 1845 – sogar nur mit einem Abstand von 19 Monaten.²³

Waren schon viele Gutsbesitzer wenig begeistert von diesem staatlichen Verhalten, so waren die Unternehmer aufgrund ihres wirtschaftlichen Erfolgs und ihrer eigenen Geschichte als Selfmademen natürlich erst recht nicht angetan von einer solchen Gängelung. Es bedurfte eines Fanals – und dieses war die Julirevolution 1830 in Frankreich und die Ausrufung des Königreichs Belgien mit einer fortschrittlichen Verfassung im Jahr 1831. In dieser Zeit verfasste Hansemann eine Denkschrift mit dem Titel „Über Preußens

21 Berghausen: Liberale (wie Anm. 2), S. 47 f.

22 Ebd., S. 53. Siehe auch den Beitrag von Ewald Grothe in diesem Band.

23 Ebd., S. 58.

Lage und Politik am Ende des Jahres 1830“.²⁴ Diese blieb zwar zunächst unveröffentlicht, aber schärfte das liberale Profil in der Folgezeit. Hansemann forderte darin die Meinungsfreiheit, die Linderung der Not bei der ärmeren Bevölkerung und die Abschaffung der nahezu unbeschränkten Machtausübung durch den Monarchen. Geleitet wurde der Aachener Unternehmer von der Idee, eine ähnliche Revolution wie in Frankreich zu verhindern.

Drei Jahre später veröffentlichte Hansemann eine Denkschrift unter dem Titel „Preußen und Frankreich, staatswirtschaftlich und politisch unter besonderer Berücksichtigung der Rheinprovinz“.²⁵ In dieser befasste er sich kritisch mit der preußischen Haushaltspolitik, aber forderte auch eine Verfassung, ein gewähltes Parlament, den Verzicht des Königs auf ein spätabso lutistisches Staatsverständnis und die Übertragung der Regierungsverantwortung auf breite Schultern. Vorbilder waren für Hansemann die englische Demokratie und die bürgerliche Regierungsform in Frankreich. Allerdings verteidigte Hansemann ein Zensuswahlrecht, bei dem zwar jeder Staatsbürger kandidieren durfte, aber die Auswahl der Kandidaten und die Stimmabgabe bei den Besitzenden liegen sollte. Dafür wollte der Aachener Unternehmer die politische Zensur abschaffen und die sonstigen Staatsbürgerrechte allen Bürgern ermöglichen.²⁶ Diese Schrift führte übrigens dazu, dass Hansemann nicht mehr zum Handelsrichter gewählt werden durfte. Dennoch war er nicht in seiner ökonomischen Existenz gefährdet. Obwohl er die Unternehmer und nicht die Adligen als Rückgrat des preußischen Staates ansah, war er für den Staat nicht angreifbar. Er lehnte die Monarchie nicht ab, grenzte sich klar von der Revolution ab und sah in ihr – neben dem Krieg – „eine sehr empfindliche Störung“ für das Gewerbe.²⁷

Während in der Zeit nach der Julirevolution in Frankreich das rheinische Bürgertum eine kurze Zeit an eine Sonderstellung von Rheinland und Westfalen innerhalb des preußischen Staates dachte, war in den Folgejahren die Verfassungsdiskussion innerhalb des Provinziallandtages nicht virulent.²⁸ Das änderte sich mit dem Thronwechsel 1840. Jetzt erhofften sich die rheinischen Wirtschaftsbürger eine deutliche Annäherung des Monarchen an ihre eigenen Vorstellungen hinsichtlich der politischen Mitsprache und der Möglichkeit, ihre wirtschaftlichen Leistungen weiter auszubauen. Aber der neue König Friedrich Wilhelm IV. blieb verfassungspolitisch ganz dem Denken seines Vaters treu und propagierte eine ständische Verfassung.²⁹ Dies war

24 David Hansemann: Über Preußens Lage und Politik am Ende des Jahres 1830. Aachen 1845.

25 David Hansemann: Preußen und Frankreich staatswirtschaftlich und politisch, unter vorzüglicher Berücksichtigung der Rheinprovinz. Leipzig 1834.

26 Boch: Wachstum (wie Anm. 1), S. 181.

27 Zit. nach Berghausen: Liberale (wie Anm. 2), S. 131.

28 Ebd., S. 130, 133.

29 Ebd., S. 116.

eine weitere Enttäuschung auf dem ersehnten Weg in einen liberalen Staat. Bereits der Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Zollverein und der Niederlande von 1839, dessen zollpolitische Bedingungen für das Rheinland nicht vorteilhaft waren, die aber in Berlin ausgehandelt wurden, und die Abneigung des preußischen Staates, die Eisenbahnentwicklung staatlicherseits zu begleiten, hatten unter den maßgeblichen Unternehmern Missstimmung hervorgerufen.³⁰

Die liberale Meinung sollte in einem Publikationsorgan eine Stimme erhalten. Fortschrittliche Kräfte fanden sich zusammen, um die „Rheinische Zeitung für Politik, Handel und Gewerbe“ zu gründen und zu finanzieren. Der Kölner Bankier Dagobert Oppenheim bemühte sich 1841, Friedrich List als Redakteur zu gewinnen. Dessen Hauptwerk, „Das nationale System der politischen Ökonomie“, wurde auch im Rheinland gelesen und war laut Berghausen „zur Grundlage der Argumentation des großbürgerlichen rheinischen Liberalismus“ geworden.³¹ Jener hatte von der wirtschaftlichen Entwicklung eine gesellschaftspolitische Veränderung abgeleitet, in der das Volk zum Träger von Gesamtwillen und Gesamtinteresse wurde. List war Anhänger des Konstitutionalismus, in dem es einen Vertrag zwischen Regent und Volk gebe. Dies setze jedoch keine Revolution und keinen Absolutismus voraus, sondern Staatsreformen. List lehnte das Angebot ab und Karl Marx wurde als Redakteur gewonnen.

Die Gründung eines Publikationsorgans zur Verbreitung von politischen Ansichten war für die rheinischen Liberalen ein wichtiges Element der politischen Auseinandersetzung.³² Die Herstellung einer möglichst breiten Öffentlichkeit war das hehre Gegenmodell zum autokratischen Staat, in dem die Entscheidungen hinter verschlossenen Türen getroffen wurden. Dabei meinten die rheinischen Liberalen vor allem die preußische Administration. Im Gegensatz zu den realitätsfernen Entscheidungen der Verwaltungsspitze sahen sich die Liberalen mit einem Mal in einer Phalanx mit dem Landadel wieder. Der Oberpräsident sprach den Liberalen beispielsweise 1844 schlichtweg die Fähigkeit ab, für ihre Meinung Mehrheiten zu organisieren.³³

30 Boch: Wachstum (wie Anm. 1), S. 178-179.

31 Berghausen: Liberale (wie Anm. 2), S. 119.

32 Boch: Wachstum (wie Anm. 1), S. 183.

33 Pierre Ayçoberry: Köln zwischen Napoleon und Bismarck. Das Wachstum einer rheinischen Stadt. Köln 1996. S. 219 f.

Während sich die Wirtschaftsbürger in der Frage des Konstitutionalismus einig waren, galt dies nicht für eine der herausragenden Fragen der Wirtschaftspolitik in der Frühindustrialisierung. Die Händler und Bankiers Merckens und Camphausen versuchten, den Gedanken des Freihandels in die veränderte Wirtschaftsstruktur zu retten. Die Vertreter der Textil- und der Eisenindustrie wollten Schutzzölle gegen wachsende französische und englische Konkurrenz durchzusetzen. Auch Hansemann war Schutzzöllner, und dies führte 1845 zu Auseinandersetzungen mit Camphausen.³⁴ Bereits zuvor waren die beiden Protagonisten unterschiedlicher Meinung gewesen, Hansemann hatte Camphausen in der Frage der Streckenführung der Rheinischen Eisenbahn hart angegangen und schließlich eine Änderung zu Gunsten Aachens zustande gebracht, was wiederum die Angelegenheit um Jahre verschleppte. Camphausen äußerte einmal, dass es „gefährlich sei“, Hansemanns Freund zu sein.³⁵ Aber auch von Beckerath und von der Heydt waren Anhänger eines die rheinische Industrie abschottenden Zollsystems.

Derweil kam es im Provinziallandtag nach 1840 zu strategischen verfassungspolitischen Diskussionen. Dies lag zum einen an den liberalen Kräften, die seit einigen Jahren sich auch öffentlich äußerten. Dabei stellte sich heraus, dass die Vertreter der Wirtschaft politische Freiheiten erlangen wollten. Im Provinziallandtag 1845 wurde auch erstmals eine „liberale Gruppe“ erkennbar:³⁶ Neben Camphausen, Hansemann, von der Heydt und von Beckerath gehörten noch Franz Aldenhoven, der bereits seit 1841 im Provinziallandtag saß, Gutsbesitzer und später Direktor und Gründer der Kölnischen Hagelversicherung, sowie Gisbert Lensing dazu – ein katholischer Theologe, der seit 1826 im Landtag war und inzwischen als ehemaliger Kanonikus mehrere Gutshöfe in Emmerich und Rees besaß. Mit diesen Unterstützern und 15 Städten reichte Camphausen beim 8. Rheinischen Provinziallandtag einen Antrag ein, der die Vollziehung der Verordnung vom 22. Mai 1815 mit dem Verfassungsversprechen verlangte – laut Berghausen ein „Höhepunkt der liberalen Bewegung in der Rheinprovinz vor dem Vereinigten Landtag 1847“. In der Diskussion wurde im Ausschuss deutlich, dass Preußen und insbesondere die Rheinprovinz sich im Charakter vom Agrarstaat hin zum industrialisierten Staat wandelten und daher auch die Machtansprüche der unterschiedlichen Gruppen sich verschoben. Dabei bekam die liberale Gruppe auch Unterstützung von adliger Seite: Rittergutsbesitzer Heinrich Ferdi-

34 Berghausen: *Liberale* (wie Anm. 2), S. 129.

35 Ulrich S. Soénus: Ludolf Camphausen und David Hansemann. Rheinische Unternehmer, Politiker, Bürger. In: Karlheinz Gierden (Hrsg.): *Das Rheinland – Wiege Europas? Eine Spurensuche von Agrippina bis Adenauer*. Köln 2011, S. 235-257, hier S. 242.

36 Berghausen: *Liberale* (wie Anm. 2), S. 139.

mand von Sybel, Vater des Historikers Heinrich von Sybel, befand: „der reiche Gewerbsmann, der Kapitalist, der Kaufmann sind aber für den Staat in jetziger Zeit, wo das Geld das bewegende Element ist, von größter Wichtigkeit [...]“.³⁷ Nicht Revolution, sondern „gemäßigter Konstitutionalismus“ kennzeichnete das Leitmotiv der rheinischen Liberalen, die vor allem eine freiheitliche Wirtschaftspolitik im Sinne hatten, welche die preußische Verwaltung auf einen anderen Weg bringen sollte. Der Antrag wurde übrigens abgelehnt, aber Camphausen unterbreitete die Forderungen dem König direkt.

Alles Liberale oder was?

Die Vermutung liegt nahe: Fortschrittliche Unternehmer und freiheitsliebende Liberale im konstitutionellen Staat waren eine deckungsgleiche Gruppe. Doch ist die simple Gleichsetzung von Unternehmer resp. Wirtschaftsbürger und liberaler Einstellung zu einfach. In der Forschung wurde bisher viel zu wenig auf die Konservativen im Vormärz eingegangen, deren Meinung zwar nicht vehement und öffentlich diskutiert wurde, aber deren Haltung nicht negiert werden kann.

So war August von der Heydt – ursprünglich ein den Liberalen zugerechneter Bankier aus Elberfeld – im März 1848 ein „unsicherer Kandidat“. Obwohl er Mitinitiator der genannten Bonner Versammlung vom 11. März 1848 war, nahm er wie Merckens nicht an der Versammlung teil. Merckens hinderte eine Erkältung an der Reise, und er ermächtigte Camphausen zur Unterschrift unter die Petition in seinem Namen.³⁸ Warum von der Heydt nicht teilnahm, ist unbekannt. Aber er weigerte sich auch, im Nachhinein beizutreten. Am 14. März 1848 schrieb Mevissen an Hansemann: „Zu von der Heydt habe ich die Adresse vergebens hingesandt. Er hat seine Unterschrift verweigert. Bis jetzt bin ich noch ohne Kenntnis der Gründe, welche ihn zu diesem Schritte bewogen haben.“³⁹ Die Gründe lagen in der zunehmenden Radikalisierung eines Teils der Bevölkerung, die von der Heydt strikt ablehnte. Innerhalb von wenigen Wochen wandelte er sich zum monarchietreuen Vertreter des Bürgertums, der im August 1848 mit Vertretern des Elberfelder Gemeinderates und der bergischen Bevölkerung für Friedrich Wilhelm IV. einen stürmischen Empfang in Düsseldorf organisierte, weil der Düsseldorfer Gemeinderat einen solchen abgelehnt hatte.⁴⁰

37 Zit. nach ebd., S. 141.

38 : Rheinische Briefe (wie Anm. 9) , 2, 1, S. 558.

39 Ebd., 2, 1, S. 559.

40 Soénus: Wirtschaftsbürgertum (wie Anm. 13), S. 443.

Ähnlich verhielt es sich mit dem Kettwiger Tuchindustriellen Julius Scheidt, der über die ablehnende Haltung des Königs zu den Forderungen des Vereinigten Landtags im April 1847 noch „rasend“ werden wollte und bemängelte, „wie uns jedes politische Recht genommen oder doch so beschnitten wird, daß es nur ein gliederloser Rumpf bleibt, der sich nicht nähren kann“. Wenige Wochen später empfand er, dass die Liberalen „streng und kühn ihr gutes Recht“ behaupteten.⁴¹ Völlig änderte sich die Haltung im März 1848, da die Angst vor Verlust des Besitzes durch die Zerstörung von Hand revolutionärer Bewegungen um sich griff. Hinzu kam, dass die erzwungene Ehrerbietung des Königs vor den Märzgefallenen 1848 als „Demütigung“ empfunden wurde. Scheidt äußerte offen seine pro-monarchische Meinung bereits in diesen Tagen und in denen des Vorparlaments, dem er angehörte, so dass ihm in dem eher beschaulichen Kettwig von Demokraten eine „Katzenmusik“ gehalten wurde. Auch als Abgeordneter der Preußischen Nationalversammlung und der Zweiten Kammer des Preußischen Abgeordnetenhauses bekannte er sich zu den Konservativen, was ihm den Spott des Oppositionsblattes „Die ewige Lampe“ einbrachte.

Die Ereignisse seit Amtsantritt des neuen Königs Friedrich Wilhelm IV. dienten nicht dazu, das Vertrauen in den Beamtenstaat auf Seiten der Unternehmer zu erhöhen. Die meisten Wirtschaftsbürger glaubten um 1845 nicht mehr ohne Weiteres, dass im fernen Berlin die Herausforderungen erkannt wurden oder dass die Regierung den Zeitumständen und den fortschreitenden Industrialisierungsanforderungen Rechnung trug.⁴² Hinzu kam eine ständig unterschwellig vorhandene „Angst“ des Wirtschaftsbürgertums vor einem revolutionären Umschwung, vor einer „Pöbelherrschaft“ und vor dem Verlust des Eigentums.⁴³ Obwohl es im Rheinland relativ ruhig blieb, waren die Nachrichten aus Paris und Berlin doch beunruhigend. Während die meisten Wirtschaftsbürger versuchten, mit Reformbestrebungen dem Druck zu begegnen, schlugen einige wenige einen konservativeren Kurs ein, der die Bejahung zur Monarchie und zum preußischen Machtstaat beinhaltete.

Das Wirtschaftsbürgertum zog sich nach der gescheiterten Revolution, in der es sich „zwischen den Stühlen“ befand, von der politischen Bühne zurück und war in der Zeit der Restauration vornehmlich mit ökonomischen Aufgaben beschäftigt. Aber dennoch waren die Wirtschaftsbürger noch in Parlamenten und Gemeinderäten vertreten – nur die Interessenslage veränderte sich. Und die meisten zeigten sich mit der Monarchie und deren Entwicklung zufrieden. Fast schon sinnbildlich erscheinen ehemals liberale Kräfte auf den Bronzetafeln des Reiterstandbilds für Friedrich Wilhelm III.

41 Ebd., S. 423 f.

42 Boch: Wachstum (wie Anm. 1), S. 181.

43 Ebd. S. 184 f.

auf dem Heumarkt zu Köln. Dort sind auf der Südseite in einer Darstellung vereinigt Peter Heinrich Merkens, David Hanseemann und August von der Heydt – alle drei erlebten die Einweihung 1878 nicht mehr. Anders der dort ebenfalls vertretene Otto von Camphausen, Bruder von Ludolf Camphausen, liberaler Abgeordneter, geadelt und 1869 Nachfolger von der Heydts im Amt des preußischen Finanzministers.

Fazit

Träger des liberalen Gedankens waren im Rheinland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in erster Linie Unternehmer. Der „Rheinische Liberalismus“ entwickelte sich hier aufgrund mehrerer Faktoren: Die frühe Industrialisierung, die sich von England und Belgien nach Preußen über das Rheinland ausbreitete, brachte neue Methoden und Techniken mit sich (Industrie 1.0), die ein neues Unternehmertum förderten und neue Unternehmen bzw. neue Unternehmensformen schufen. Während der „Fabrikant“ des 18. Jahrhunderts von Hand seine Produkte herstellen ließ, folgte der Dampfmaschine und den ersten Maschinen neue Kreativität, die gesellschaftliche Veränderungen bewirkte. Zudem entwickelte sich im überwiegend „katholischen Rheinland“ eine protestantische „Elite“ durch Aufstieg. Dies implizierte die Mitwirkung an gesellschaftlichen und politischen Themen. Gefördert wurde die Entwicklung durch das noch vorhandene „Restgedankengut“ der Französischen Revolution, die mit dem Kampf für die bürgerliche Gleichberechtigung im Rheinland Sympathisanten gefunden hatte. Es gab einen eigenständigen Liberalismus im Rheinland, Rudolf Boch hat darauf schon 1991 hingewiesen.⁴⁴ Jedoch sind die Verhältnisse vor 1814 ebenfalls prägend gewesen – die rheinische Laissez-faire-Haltung hat mehrere Ursprünge. Die rheinischen Wirtschaftsbürger waren autokratische Strukturen nicht gewöhnt. Hinzu kam die Staatsbildung Preußens unter Berücksichtigung des Rheinlandes bei dessen gleichzeitiger räumlicher Distanz und fehlender Machtbasis für die Monarchie, die bei den Unternehmern Selbstbewusstsein und Freiheitsdrang förderten.

Eine nachhaltige Wirkung im Sinne einer Systemveränderung haben die liberalen Wirtschaftsbürger in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht erzielt – nach der niedergeschlagenen Revolution und aufgrund ihrer indifferenten Haltung zogen sich die rheinischen Liberalen vom politischen Geschäft zurück und konzentrierten sich auf ihre Geschäfte. Camphausen fand sein Heil in der Astronomie, Hanseemann wurde zum Großbankier, Mevissen zum Multifunktionär. Dies lag auch daran, dass es sich um eine relativ über-

44 Ebd., S. 188.

schaubare kleine Gruppe handelte, die bei rheinischen Themen „die Mittelschichten aufrütteln“ konnte, aber bei den nationalen Fragen weitgehend unter sich blieb.⁴⁵ Ayçoberry geht mit den Liberalen streng ins Gericht, es sei „ein unterkühlter, verzagter Liberalismus“ gewesen, der vor der eigentlichen politischen Aktion Angst vor Kommunisten, „Ultramontanen“, den revolutionären Umtrieben und der Staatsmacht gehabt habe.⁴⁶ Laut Boch war es vor allem das Versagen der großbürgerlichen Liberalen, ihre politische Haltung an der sozialen Frage messen zu lassen. Sie verstanden sich als „Industrialisierungselite“, ohne auf die Bedürfnisse der Mehrheit einzugehen, und sahen in den sozialen Zielen der Revolution eine Verhinderung der industriellen Entwicklung.⁴⁷ Zwar blieb der Liberalismus im Keim stecken und konnte sich nach der Jahrhundertmitte nicht entfalten, aber die weitgehenden Zugeständnisse, die der preußische Staat den Industriellen in der Folgezeit machte, ermöglichte deren wirtschaftliche Entfaltung und die Schaffung einer neuen politischen Basis in späteren Zeiten. So gesehen, haben die rheinischen Liberalen durchaus ihre Spuren in der Geschichte hinterlassen.

45 Ayçoberry: Köln (wie Anm. 33), S. 221, der dies auf die Zeit der frühen 1840er Jahre bezieht. Umso mehr galt es in der Revolutionszeit. Für die Zeit nach 1848/49 ebd., S. 264.

46 Ebd., S. 264 f.

47 Rudolf Boch: Notabelntradition und ‚Große Industrie‘. Soziale Wurzeln und gesellschaftliche Zielvorstellungen des Liberalismus der Rheinprovinz 1820-1850. In: Politische Strömungen und Gruppierungen am Rhein 1848/49. Düsseldorf 1999, S. 1-20, hier 20.